

Pressemitteilung

München, den 15. November 2021

Freistaat hilft beim Ausgleich für Ausfälle bei der Gewerbesteuer

- *Bayerischer Städtetag begrüßt das Signal nach der Klausur des Ministerrats.*
- *Ausgleich verschafft vielen Städten und Gemeinden eine wichtige Atempause.*

Der Ministerrat hat in seiner heutigen Klausur beschlossen, dass der Freistaat Bayern seinen hälftigen Finanzierungsanteil zum Ausgleich der prognostizierten Gewerbesteuerminderereinnahmen für das Jahr 2021 erbringen wird. Damit stehen vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bayerischen Landtag als Haushaltsgesetzgeber mindestens 330 Millionen Euro für Bayerns Städte und Gemeinden zur Verfügung. Ob der Bund weitere Mittel für einen Gewerbesteuerausgleich bereitstellt, bleibt abzuwarten. Nach aktuellem Stand steht das Bundesfinanzministerium einer weiteren Kompensation ablehnend gegenüber.

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, der Straubinger Oberbürgermeister Markus Pannermayr, begrüßt das Signal nach der Klausur des Ministerrats: „**Viele Städte und Gemeinden müssen bei der Aufstellung der Haushaltspläne mit Ausfällen der Gewerbesteuer kalkulieren. Ihnen wäre ohne die Hilfe der Staatsregierung finanziell die Luft abgedrückt worden. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Mit der Zusage der Staatsregierung können drohende Schieflagen in vielen kommunalen Haushalten korrigiert werden. Der vollständige Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbesteuer würde den betroffenen Kommunen, wie bereits im Haushaltsjahr 2020, eine wichtige Atempause verschaffen. Deshalb ist der Bund jetzt gefordert, seinen Anteil ebenso zu leisten.**“

Für die regulatorische und technische Ausgestaltung einer Kompensation der Gewerbesteuer ist davon auszugehen, dass sich die Regelungen für einen Gewerbesteuerausgleich 2021 sehr eng an dem letztjährigen Ausgleichsmechanismus nach der Vollzugsrichtlinie für den Gewerbesteuerausgleich anlehnen werden.

Der Hintergrund: Vor der heutigen Klausurtagung des Ministerrats haben die kommunalen Spitzenverbände am Wochenende ihre Forderung nach einem erneuten Ausgleich der Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer im Jahr 2021 noch einmal bekräftigt. Trotz der positiven Entwicklung in den vergangenen Monaten, wie sie sich auch in der Steuerschätzung vom November niederschlägt, geht der Bayerische Städtetag auf der Basis einer Umfrage unter den Städtetagsmitgliedern davon aus, dass bis zu 40 Prozent der bayerischen Städte und Gemeinden im Jahr 2021 weniger Gewerbesteuer einnehmen werden als in den Vorkrisenjahren.

Laut der aktuell durchgeführten Mitgliederumfrage des Bayerischen Städtetags beträgt das Gesamtvolumen der Gewerbesteuermindereinnahmen allein bei den rückmeldenden Mitgliedstädten und Mitgliedgemeinden rund 600 Millionen Euro. Vor allem kreisangehörige Städte und Gemeinden sind laut Umfrage von den Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer betroffen. Bereinigt man die Prognosen der Steuerschätzer um regionale Besonderheiten (zum Beispiel hohes Aufkommen bei der Gewerbesteuer von großen Konzerne etwa in der Pharmazie-Branche in anderen Bundesländern), so ergibt sich rechnerisch für die bayerischen Kommunen für das Jahr 2021 ein Gewerbesteuerausfall in Höhe von 660 Millionen Euro.